

Sitzung des Kreistages am 25.02.2019

Bericht des Landrates an den Kreistag

Achtung Sperrfrist – es gilt das gesprochene Wort!

Strukturwandel Braunkohle

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat Ende Januar ihren Abschlussbericht vorgelegt. Die Eckpunkte dürften Ihnen bekannt sein. Ich habe das Kreistagsbüro gebeten, allen Mitgliedern des Kreistages den Abschlussbericht vollständig digital zur Verfügung zu stellen. Das müsste heute geschehen sein.

Auch wenn danach erst voraussichtlich 2038 die Braunkohleverstromung beendet sein soll, ist das kein Ruhekissen für das Mitteldeutsche Revier. Zum einen könnte durch vorgezogene Entschädigungszahlungen an die bergbautreibenden Unternehmen die Frist verkürzt, zum anderen durch rückläufige Bedarfe an Kohle die Produktion gedrosselt werden müssen. Beides wollen wir nicht. Wir stehen zum Revier, wir stehen zur Kohle und den Kumpeln mit ihren Familien.

Die 20 Jahre bis zum Ende der Kohleverstromung sind daher kein Ruhekissen. Aus meiner Sicht ist für das Mitteldeutsche Revier auch noch nichts gesichert, solange die Vorschläge der Kommission nicht in Gesetze gegossen sind. Dabei spielen drei Dinge eine entscheidende Rolle:

1. Der Anteil des Mitteldeutschen Reviers am Gesamtbudget des Bundes muss gesichert sein und sollte bei mindestens 20 Prozent, besser 25 Prozent liegen.
2. Die finanziellen umsetzbaren Vorhaben müssen von Seiten des Bundes in einem Maßnahmengesetz beschlossen werden, damit Großinvestitionsvorhaben vorbei an den üblichen Anforderungen und Kriterien – ich sage nur beispielhaft Bundesverkehrswegeplanung – auch rechtlich umgesetzt werden dürfen.
3. Die Verfahrensbeschleunigung für dieses Vorhaben muss ebenfalls durch den Bundesgesetzgeber geregelt werden. Das betrifft Anforderungen an den Planfeststellungsbeschluss wie auch das gerichtliche Verfahren im Sinne des Instanzenzuges.

Sie alle wissen, dass in den zurückliegenden Jahren der Fokus sehr stark auf dem Rheinischen Revier und der Lausitz lag. Das hat sich in der Wahrnehmung des Bundes bis heute nicht geändert. Es besteht also nach wie vor die Gefahr, dass wir hinten herunterfallen.

Daher müssen wir uns im Burgenlandkreis gut austauschen und die Kontakte in die Staatskanzlei und nach Berlin pflegen. Ich suche dazu den direkten Kontakt zu unserem Ministerpräsidenten, den einzelnen Ministern und Staatssekretären wie auch zur Ministerialverwaltung.

Seit letzter Woche ist der Burgenlandkreis in der interministeriellen Arbeitsgruppe unter Führung der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt vertreten. Diese Arbeitsgruppe tagt monatlich und gibt uns die Möglichkeit, mit jedem Ministerium direkt auf Arbeitsebene zu kommunizieren.

Ergänzend dazu habe ich eine interkommunale Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die heute das erste Mal getagt hat. Ich plane in den kommenden Dienstberatungen der Hauptverwaltungsbeamten regelmäßig alle Gemeinden über den Strukturwandel zu informieren.

Allerdings wird das Kernrevier im Burgenlandkreis der Bereich sein, der am stärksten betroffen ist. Deswegen werde ich mit den fünf Kommunen des Kernreviers, der Gemeinde Elsteraue und den Städten Hohenmölsen, Lützen, Teuchern und Zeitz einen noch intensiveren Austausch organisieren mit monatlichen Abstimmungsrunden. Außerdem habe ich den Geschäftsführer der Infra-Zeitz Servicegesellschaft, Arvid Friebe, zum Beauftragten für das Kernrevier berufen. Seine Aufgabe soll sein, den Burgenlandkreis in der interministeriellen Arbeitsgruppe zu vertreten, soweit ich nicht selbst teilnehme. Außerdem soll er die Industriestandorte in der Gemeinde Elsteraue und den Städten Hohenmölsen, Lützen, Teuchern und Zeitz für neue Investoren interessant machen. Als Beauftragter für das Kernrevier ist Herr Friebe zugleich Ansprechpartner für die Gemeinden des Kernreviers.

Im Landratsamt gibt es ebenfalls organisatorische Änderungen: Ab sofort ist gibt es eine Stabsstelle Strukturwandel, die mir direkt unterstellt ist. Ich habe Frau Anika Meinhardt mit der Leitung dieser Stabsstelle betraut. Ihr zur Seite stehen ein studierter Physiker und eine Verwaltungskraft. Neue Stellen wurden hierfür nicht geschaffen.

Auch auf der Ebene des Kreistages und seiner Ausschüsse sollten wir uns künftig noch intensiver mit diesem Thema auseinandersetzen. Wir brauchen die permanente Begleitung dieses Themas durch die Kreispolitik und die Kreispolitiker, nicht zuletzt, weil ich Ihre Hilfe brauche, um unsere Themen über die Parteien und Wählergruppen auf die Landes- und Bundesebene zu transportieren. Ich werde daher dem neuen Kreistag vorschlagen, einen ständigen Ausschuss Strukturwandel einzurichten.

[Vergleichsring Integration der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement \(KGSt\)](#)

Die Integration von Migranten ist und bleibt eine der wesentlichen kommunalen Herausforderungen. Aus diesem Grund beteiligt sich der Burgenlandkreis am Vergleichsring Integration der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Weitere Teilnehmer sind die Landkreise Goslar und München sowie die Städte Brühl, Bocholt und Kaiserslautern.

Im Vergleichsring erheben wir verschiedene Indikatoren und werden diese einer Evaluation und vergleichenden Analyse unterziehen. Zum anderen umfasst die Arbeit auch eine kennzahlengestützte Bewertung der aktuellen Situation. Grundlage

dafür sind Daten wie die SGB-II-Statistik, die Schulstatistik, Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung, Abschlüsse in Sprach- und Integrationskursen u. ä. sowie die Ergebnisse eines Fragebogens zu Integrationsmaßnahmen der Kommunalverwaltung.

Auf Basis dieser Informationen erfolgt ein interkommunaler Erfahrungsaustausch über Inhalte und Wirksamkeit von Integrationsmaßnahmen. Eigene Integrationsmaßnahmen können auf diese Weise überprüft und gegebenenfalls neu ausgerichtet werden.

Der Vergleich soll bei der Diskussion in Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit unterstützen und die eigene Arbeit bewerten. Die Diskussion über Kennzahlen in Vergleichsringen soll beim Aufbau eines eigenen Berichtswesens (Controllings, Monitorings) helfen.

Aktuelle, laufende und geplante Baumaßnahmen

Jobcenter in Weißenfels

Für den Jobcenter-Neubau in Weißenfels werden gegenwärtig die Ausschreibungen für die Bauleistungen Spezialtiefbau, Gründungsarbeiten und Herrichten des Grundstückes erarbeitet. Die ersten Planungsbesprechungen haben stattgefunden. Der Ablaufplan wurde im Entwurf erarbeitet. Ziel ist es, mit den Bauarbeiten zum Anfang des III. Quartals 2019 zu beginnen.

Geschwister-Scholl-Gymnasium, Haus 1

Für die Baumaßnahme zur energetischen Sanierung von Haus 1 des Geschwister-Scholl-Gymnasiums Zeitz haben seit meiner letzten Berichterstattung zum Kreistag am 10.12.2018 zwischenzeitlich die ersten Planungsrunden mit den Ingenieurbüros stattgefunden. Der Antrag auf Baugenehmigung wurde erarbeitet und Mitte Januar 2019 beim Bauordnungsamt der Stadt Zeitz eingereicht. Derzeit werden die ersten Ausschreibungsunterlagen erarbeitet. Ziel ist es, mit den Baumaßnahmen zum Anfang des III. Quartals 2019 zu beginnen.

Geschwister-Scholl-Gymnasium, Haus 2

Für die Baumaßnahme am Geschwister-Scholl-Gymnasium, Haus 2, sind mittlerweile die Vergaben der Elektroarbeiten (Starkstromtechnik, Fernmeldetechnik) und Gussasphaltarbeiten erfolgt. Bereits Mitte Januar wurde mit den Elektroarbeiten begonnen. Die Gussasphaltarbeiten laufen seit Mitte Februar. Gegenwärtig werden weitere Ausschreibungsunterlagen (Tischler-, Maler- und Bodenbelagsarbeiten) erstellt bzw. weiter Ausschreibungsverfahren (Schlosserarbeiten, Trockenbauarbeiten) über die Vergabestelle beantragt.

In diesem Zusammenhang machen sich überplanmäßige Auszahlungen erforderlich, denen der Finanzausschuss in seiner Sitzung vom 14.02.2019 und der Kreisausschuss am 18.02.2019 zugestimmt haben. Wir behandeln diese heute unter dem Tagesordnungspunkt 12.

Neustadtschule Weißenfels

Für die grundhafte Sanierung der Neustadtsekundarschule Weißenfels wurde seit der letzten Kreistagssitzung das notwendige Ausschreibungsverfahren für europaweite Vergabe der Planungsleistungen beantragt. Nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens kann Anfang Juli 2019 mit der Erstellung der notwendigen Antragsunterlagen begonnen werden.

Für die grundhafte Sanierung der Turnhalle der Neustadtschule werden zurzeit die Planungen erarbeitet. Aufgrund des Bauzustandes der Turnhalle, des nicht tragfähigen Baugrundes, sind vertiefende Zustandsanalysen notwendig. Somit können zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine detaillierten Aussagen zum Baubeginn gemacht werden.

Digitalisierung der kreiseigenen Schulen

Die Übersicht zum Bearbeitungsstand unserer Digitalisierungsbemühungen der kreiseigenen Schulen ist als Anlage beigefügt.

Bildungscampus Weißenfels

Der Burgenlandkreis hat nach Abstimmung mit der Stadt Weißenfels beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation ein Gutachten zur Ermittlung des Verkehrswertes des Klosters St. Claren in Auftrag gegeben. Am 30. Januar 2019 fand die zweite Beratung mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie und der Unteren Denkmalschutzbehörde statt.

Nach Information des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie befinden sich im Gebäude mittelalterliche Bemalungen und Putze sowie eine außergewöhnliche Pigmentpalette. Demnach steht eine allumfassende restauratorische und bauhistorische Untersuchung an. Zur Durchführung der notwendigen Bestandsaufnahme für die Bauforschung und Restaurierung erhält der Burgenlandkreis die erforderlichen Zuarbeiten durch das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie zum Ende des 1. Quartals 2019. Derzeit werden die Unterlagen für eine Bauvoranfrage erarbeitet. Ziel ist es, diese Bauvoranfrage Ende Februar an das Bauordnungsamt der Stadt Weißenfels zu übergeben.

Bildungscampus Naumburg

Zum Bildungscampus-Standort Naumburg wurden mit dem Grundstückseigentümer Rahmenbedingungen zum Grundstückserwerb vertiefend erörtert und abschließend geklärt. Es ist beabsichtigt, die Sitzungsvorlagen zum Standort und zum Aufkauf der Flächen in die zuständigen Fachausschüsse und in den nächsten Kreistag einzubringen. Aus meiner Sicht ist der Standort Schönburger Straße dann der Vorzugsstandort, wenn die vertraglichen Rahmenbedingungen zum Grunderwerb sicherstellen, dass das künftige Baugrundstück tatsächlich bebaubar und frei von Altlasten ist bzw. eine Altlastenberäumung erfolgt, bevor wir Eigentümer werden. Einzelheiten hierzu kann ich im öffentlichen Teil leider nicht bekanntgeben.

Eröffnung einer Jugendberufsagentur

Am 29.01.2019 fand die Auftaktberatung der Jugendberufsagentur in Naumburg statt. In den Räumlichkeiten des Jugendfreizeitentrums „Otto“ trafen sich Mitarbeiter von der Agentur für Arbeit Weißenfels, dem Jugendamt Burgenlandkreis und dem Jobcenter Burgenlandkreis, um gemeinsam Jugendliche in der Übergangsphase von der Schule in den Beruf zu beraten und gemeinschaftlich Fallarbeit zu gestalten. Das Angebot steht zukünftig Jugendlichen und Eltern jeden Dienstag von 15 bis 17 Uhr im Jugendfreizeitzentrum „Otto“ zur Verfügung. Anmeldungen machen sich nicht erforderlich. Dabei ist es erst einmal unwichtig, ob schon konkrete Vorstellungen zur beruflichen Zukunft bestehen oder nicht.

Das Beratungsangebot wurde von den Partnern gemeinsam im Rahmen des Programms „Regionales Übergangsmanagement Sachsen-Anhalt“ (RÜMSA) entwickelt und ist ein Baustein, um Jugendlichen in Sachen Berufsmöglichkeiten beratend zur Seite zu stehen.

Haushalte und Wirtschaftspläne der Gemeinden, Zweckverbände, Eigenbetriebe und der Anstalt des öffentlichen Rechts

Zum Stand 22.02.2019 haben von den 33 Städten und Gemeinden sowie vier Verbandsgemeinden des Burgenlandkreises bisher nur vier Kommunen beim Amt für Kommunalaufsicht einen Haushalt für das Haushaltsjahr 2019 zur Prüfung und Genehmigung angezeigt. Drei Haushalte konnten bereits bestätigt/genehmigt werden. Ein Haushalt wird gegenwärtig noch geprüft. Alle übrigen Kommunen befinden sich derzeit noch in der vorläufigen Haushaltsführung.

Von den sechs Zweckverbänden, zwei Eigenbetrieben und der Anstalt öffentlichen Rechts wurden für das Wirtschaftsjahr 2019 bisher sechs Wirtschaftspläne zur Prüfung und Genehmigung eingereicht. Davon wurden fünf Wirtschaftspläne bestätigt und einer befindet sich noch in der Prüfung.

Auswirkungen der Schließung der Molkerei Bad Bibra auf die Gebührenentwicklung des AZV Unstrut-Finne

Die Verbandsgemeinden An der Finne und Unstruttal haben am 08.02.2019 die Bewilligungsbescheide für die Bedarfszuweisungen zur Finanzierung der Umlagen 2018 des AZV Unstrut-Finne im Zusammenhang mit der Schließung der Molkerei Bad Bibra erhalten. Dabei wurden durch das Land insgesamt 1,2 Mio. Euro bewilligt, wovon 482.000 Euro auf die Verbandsgemeinde An der Finne und 737.000 Euro auf die Verbandsgemeinde Unstruttal entfallen.

Für die Jahre 2019 und 2020 können die Verbandsgemeinden neue Anträge zur Ausreichung von Bedarfszuweisungen stellen, da in diesem Zeitraum im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Schließung der Molkerei Bad Bibra ebenfalls mit entsprechenden Umlagen des AZV Unstrut-Finne zu rechnen ist. Eine entsprechende Bewilligung ist abhängig von der dann aktuellen Höhe der außergewöhnlichen Belastungen auf die Haushalte der Verbandsgemeinden.

Überörtliche Prüfung des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Bad Dürrenberg

Der Burgenlandkreis hat für den ZWA Bad Dürrenberg am 18.12.2018 zur Geltendmachung von Regressansprüchen Klage gegen die ehemalige Verbandsgeschäftsführerin erhoben.

Der Zweckverband selbst hat im Dezember 2018 Regressklage gegen die Bank eingereicht. Der Verband wird nunmehr auch etwaige Haftungsansprüche gegen Wirtschaftsprüfer untersuchen. Damit ist auch die Anfrage von Herrn Püschel zur 32. Sitzung des Kreistages am 10.12.2018 beantwortet.

Breitbandausbau im Burgenlandkreis

Am 10.01.2019 fand im Landratsamt in Weißenfels eine Anlaufberatung zur Koordinierung des Breitbandausbaus statt. Zu den Teilnehmern zählten Vertreter der Städte und Gemeinden, der Fachämter des Landratsamtes, der Deutschen Telekom und des TÜV Rheinland. Die Deutsche Telekom informierte über den Umfang der auszubauenden Infrastruktur und über Anträge, die erarbeitet werden müssen, um verschiedene Genehmigungen in Zuständigkeit des Burgenlandkreises, der Gemeinden sowie der Landesstraßenbaubehörde einzuholen.

Die Deutsche Telekom hat angekündigt, mit allen Städten und Gemeinden Informationsberatungen zu den Bauzeiten und Bauablaufplänen durchzuführen. Das Unternehmen wurde aufgefordert, der Stabsstelle Breitbandausbau im Landratsamt Burgenlandkreis die Termine der Beratungen mit den Städten und Gemeinden mitzuteilen. Am 19.02.2019 fanden Beratungen mit der Deutschen Telekom in Teuchern, Hohenmölsen, Bad Bibra, Weißenfels und Naumburg statt. Weitere Termine sind in Planung.

Durch die Deutsche Telekom wurden mit Bearbeitungsstand 24.01.2019 beim Burgenlandkreis aktuelle Realisierungspläne eingereicht. Der in der Stadt Teuchern von der Deutschen Telekom für Ende 2018 angekündigte Ausbau hat sich auf nunmehr Februar 2019 mit der Begründung des Wechsels des ausführenden Betriebes für den Tiefbau verschoben. In den weiteren beauftragten Orten soll der geförderte Ausbau zwischen April und Juni 2019 beginnen.

Die Firma Inexio, die der Burgenlandkreis mit dem Ausbau in Teilen der Stadt Zeitz und im Bereich des Industrieparks in Alttröglitz sowie der dort angrenzenden Wohnbebauung beauftragt hat, will nach gegenwärtigem Stand im Frühjahr 2019 mit den Arbeiten beginnen.

Neuer Standort Rettungswache Weißenfels

Der Burgenlandkreis sucht im Gewerbegebiet Käthe-Kollwitz-Straße in Weißenfels nach einer geeigneten Immobilie für die neue Rettungswache. Um einen optimalen und wirtschaftlich vertretbaren Standort zu finden, wurde das

Ingenieurbüro Boy und Partner mit einer Standortanalyse beauftragt. Es wird geprüft, inwiefern im Gewerbegebiet Weißenfels neben einer Rettungswache auch ein Feuerwehrtechnisches Zentrum errichtet werden kann oder ob das Feuerwehrtechnische Zentrum besser in der Carl-Broche-Straße Naumburg unmittelbar am Landratsamt aufgebaut werden sollte. Ziel ist es, zunächst den Innenausschuss über die Ergebnisse der Standortanalyse zu informieren, damit der Kreistag einen Beschluss über die Errichtung eines Feuerwehrtechnischen Zentrums und der Bereitstellung eines Rettungswachenstandortes für Weißenfels fassen kann.

Beräumung der Abfälle auf der ehemaligen Abfallentsorgungsanlage in Naundorf

Die Kosten der im März 2018 durchgeführten Ersatzvornahme zur Entsorgung potenziell brennbarer Abfälle, Altreifen und Dämmstoffe auf dem Gelände der ehemaligen SVG-Abfallentsorgungsanlage in Naundorf sind in einer Gesamthöhe von 110.122,16 Euro gegenüber dem Insolvenzverwalter geltend gemacht und durch diesen nunmehr vollständig zuzüglich der entstandenen Verwaltungsgebühren erstattet worden.

Abstimmungsvereinbarung nach dem neuen Verpackungsgesetz

Das geltende Verpackungsgesetz vom 05.07.2018 sieht vor, dass eine einheitliche Abstimmungsvereinbarung zwischen dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und den Systemen abgeschlossen wird. Diese Abstimmungsvereinbarung wird durch den gemeinsamen Vertreter, aktuell für den Burgenlandkreis das Unternehmen Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland GmbH (DSD) ausgehandelt und anschließend durch eine 2/3-Mehrheit der Systeme bestätigt. Die Abstimmungsvereinbarung soll neben Regelungen für die Leichtverpackung-Erfassung auch die übrigen Fraktionen (Glas, Papier-Pappe-Karton) sowie die sogenannten Nebenentgelte für den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger regeln.

Die Abstimmungsvereinbarung lief zum 31.12.2018 aus, ebenso wie die Verträge zur Papier-Pappe-Karton-Miterfassung mit den verschiedenen Systembetreibern.

Mit Schreiben vom 18.12.2018 teilte DSD mit, dass sie der Systembetreiber sind, der als gemeinsamer Vertreter gemäß § 22 Absatz 7 Verpackungsgesetz bestimmt wurde. Damit war erstmals bekannt, welcher Systembetreiber Verhandlungspartner sein würde. Im Januar 2019 unterbreitete DSD den Vorschlag, die Ende 2018 ausgelaufenen individuellen Vereinbarungen zur PPK-Miterfassung und die für alle Systembetreiber geltende Vereinbarung zur Zahlung von Nebenentgelten unverändert fortzusetzen. Zu den weiteren Inhalten einer Abstimmungsvereinbarung wurde bislang nichts dargelegt.

Die Abfallwirtschaft Sachsen-Anhalt Süd hat eine einfache Verlängerung ausgelaufener Vereinbarungen unter damaliger Geltung der Verpackungsverordnung

abgelehnt. Gleichzeitig wurde die Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen über die Miterfassung der Papier-Pappe-Karton-Abfälle im Rahmen der Abstimmung über die Mitbenutzung der Sammelstruktur der Abfallwirtschaft Sachsen-Anhalt Süd im Rahmen des Verpackungsgesetzes bekundet.

Mangels bestehender Vereinbarungen erfolgt die Verwertung der durch die Abfallwirtschaft Sachsen-Anhalt Süd erfassten Abfälle im Bereich Papier-Pappe-Karton derzeit zu 100 Prozent im Auftrag der Abfallwirtschaft Sachsen-Anhalt Süd. Ohne vertragliche Vereinbarung kann keine Herausgabe von Verwertungserlösen an Systembetreiber erfolgen.

Digitalisierungsstruktur im Landratsamt Burgenlandkreis

In einer Welt, in der immer größere Teile des gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens digital abgewickelt werden, muss auch das Landratsamt Burgenlandkreis Bearbeitungs- und Abstimmprozesse digital abwickeln und seine Ziele im Rahmen einer neuen Digitalisierungsstrategie den gesellschaftlichen, technologischen und ökonomischen Veränderungen anpassen.

Ursprünglich wurden Digitalisierungsthemen überwiegend in den verschiedenen Fachbereichen selbst diskutiert und bearbeitet. Zur Zentralisation dieser Themen vor allem in Hinblick auf das Voranbringen der Digitalisierung im Landratsamt Burgenlandkreis wurden im Jahr 2017 für die IT-Koordination zwei Stellen (Technik/ Verwaltung) geschaffen und direkt dem Bereich Landrat unterstellt.

Darüber hinaus gibt es im Hauptamt das Sachgebiet IT-Service, welches fachbezogen Teil von Digitalisierungsprojekten ist. Neben diesem zentralen IT-Bereich existieren weiterhin in einer Vielzahl von Fachbereichen Systemverantwortliche. Dazu befasst sich auch der Bereich Organisation des Personalamtes im Rahmen von Organisationsuntersuchungen mit IT-Themen.

Um die große Aufgabe Digitalisierung besser bündeln und bewältigen zu können, habe ich nunmehr eine Steuerungs- und eine Lenkungsgruppe einberufen und einen Digitalisierungsbeauftragten ernannt, der am 01.03.2019 seine Arbeit aufnimmt. Mit dieser Funktion habe ich unseren IT-Projektkoordinator Tino Mohr betraut. Er verantwortet als Digitalisierungsbeauftragter die Arbeit der Steuerungsgruppe und berichtet an die Lenkungsgruppe.

Die Aufgaben der **Lenkungsgruppe** übernimmt die ohnehin ständig tagende Dienstberatung der Dezernenten, ergänzt um die Leiterin der Finanzverwaltung. Hier wird die grundlegende Strategie festgelegt und ggf. die durch die Steuerungsgruppe vorgeschlagene Priorisierung von Projekten korrigiert.

Die festen Mitglieder der **Steuerungsgruppe** umfassen den Digitalisierungsbeauftragten, die Sachbearbeiter IT-Koordination, einen

Sachbearbeiter Organisation und den Sachgebietsleiter IT-Service. Zusätzlich gehören – projektbezogen – die betroffenen Sachgebietsleiter bzw. Sachbearbeiter zur Gruppe. Die Sitzungen der Steuerungsgruppe finden mindestens monatlich statt, wobei auch viel Wert auf den ständigen Austausch im Tagesgeschäft gelegt wird.

Die Steuerungsgruppe verantwortet die Erfassung und Ausarbeitung anstehender Digitalisierungsprojekte. Auch die Priorisierung der Projekte wird durch das Team festgelegt. Die Gruppe kümmert sich um die laufende Projektarbeit inkl. Projektplanung mit den jeweiligen Projektpartnern und stellt ein laufendes Reporting an den jeweiligen Vorgesetzten sicher.

Verantwortlich für die Arbeit der Steuerungsgruppe ist der Digitalisierungsbeauftragte, der außerdem das Projektmanagement betreibt.

Begonnen wird mit der Erfassung und Priorisierung der im Landratsamt bereits laufenden Digitalisierungsprojekte wie:

- Schuldigitalisierung,
- Digitalisierung des Kreistages,
- Unterstützung bei der Einführung einer Umweltsoftware durch Analyse und ggf. Optimierung der Prozesse,
- Software-Update im Bauordnungsamt,
- Neugestaltung der Website des Landratsamtes,
- digitale Vorgangsbearbeitung (digitale Postmappe),
- softwaregestützte Reisekostenabrechnung, Bewerbermanagement, etc.,
- Breitbandanschluss der Schulen.